

Anfrage 1401/2024 zur Sitzung des Stadtrates am 9.10.2024

Einbürgerung - update 2024 (Die Linke)

Begründung:

Aus der Antwort auf eine Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion im April 2022 (Anfrage Nr. 0451/2022) geht hervor, dass es zum damaligen Zeitpunkt rund 6 Monate gedauert hat, bis man einen Termin zur Antragsabgabe bei der Einbürgerungsbehörde erhalten hat. In einem uns aktuell vorliegenden Fall gelingt es weder telefonisch noch per Mail noch online, einen entsprechenden Termin zu bekommen. Da es möglich sein könnte, dass es sich hier nicht um einen Einzelfall, sondern um ein strukturelles Problem handelt, fragen wir nach, wie sich die personelle und organisatorische Situation heute darstellt.

Wir fragen daher:

1. Sind auch der Stadtverwaltung Fälle bekannt, bei denen weder telefonisch noch per Mail eine Kontaktaufnahme zur Einbürgerungsbehörde möglich war? Gibt es bekannte Probleme bei der online-Terminvergabe?
2. Welche Lösungsansätze gibt es, um hier Abhilfe zu schaffen?
3. Wie haben sich die Zahlen der Anträge auf Einbürgerung in den letzten 10 Jahren entwickelt?
4. Wie ist aktuell der genaue Ablauf beim Einbürgerungsbegehren?
5. Bedarf es auch weiterhin eines vorgeschalteten Beratungstermins? Wie lange muss man auf einen solchen Termin warten?
6. Wie viele entsprechende Beratungstermine wurden in 2022, 2023 und 2024 beantragt? In wie vielen der Fälle wurden tatsächlich Einbürgerungsanträge gestellt?
7. Wie lange ist die aktuelle durchschnittliche Wartezeit auf einen Termin zur Einreichung der Einbürgerungsunterlagen? Wie errechnet sich der Durchschnitt, also was war jeweils die kürzeste, was die längste Wartezeit?

8. Bedarf es einer persönlichen Vorsprache zur Abgabe der Unterlagen oder ist dies mittlerweile auch online möglich (s. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion 0909/2024 vom Mai 2024)?
9. Wenn das online-Verfahren möglich ist: Gibt es bereits Erkenntnisse, ob sich hierüber die Bearbeitungszeit verkürzt?
10. Im April 2022 waren 850 Fälle in der Bearbeitung, weitere 600 Fälle waren wegen Personalengpasses im Rückstand. Wie stellt sich die personelle Situation aktuell dar? Wie viele Personalstellen sind nicht besetzt? Wie viele VZÄ wären nötig, um von einer guten Personalausstattung zu sprechen?
11. Im Zuge der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts hat die Bundesregierung den Prozess der Einbürgerung beschleunigt. Welche Mehrkosten sind der Stadt Mainz durch die Gesetzesänderung entstanden und welche Ausgleichszahlungen hat die Stadtverwaltung für diese Mehrausgaben von Bund und/oder Land erhalten?
12. Wie lange dauert die aktuelle Bearbeitungszeit von Einreichung der vollständigen Unterlagen bis zum Bescheid über die Einbürgerung?

Carmen Mauerer